

Ein Konzept für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ist überfällig!

U5: WARUM WIDERSTAND?

Seit Beginn der Ölkrise Anfang der Siebziger Jahre stagniert der Ausbau des ÖPNV in Hamburg. Es gibt nach wie vor keinen Generalplan, jede Regierung möchte eigene Ideen verwirklichen, die Ideen der Vorgänger stehen nicht zur Diskussion. Aktuell wird vom Senat der Bau einer neuen U-Bahn-Linie U5 geplant, die zum Ziel hat die Buslinien 5+6 links und rechts der Alster zu entlasten, sowie Bramfeld und Steilshoop den lange versprochenen Schnellbahnanschluss zu beschere. Außerdem soll der Hamburger Westen bis zum Osdorfer Born erschlossen werden, dort wird aktuell nach der besseren Strecke gesucht. Alle diese Ziele sollen durch den Bau einer etwa 30km langen U5 erreicht werden. Die Bauzeit wird etwa 20 Jahre betragen, die Gesamtkosten dürften mindestens 5 Milliarden Euro betragen.

WARUM DIESER WIDERSTAND? Fest steht: Um unsere Stadt lebenswert zu erhalten, muss dringend der ÖPNV ausgebaut und attraktiver gemacht werden. Der Autoverkehr muss reduziert werden, die Luft endlich sauberer werden und es muss eine Balance zwischen notwendigem Wohnungsbau und unserer Lebensqualität gefunden werden. Stichwort: Grüne Stadt. Ursprünglich sollte der Bau der U5 so schonend wie möglich geschehen, doch U-Bahn-Bau ist teuer – daher wurde mit Beginn der Planungen eine Möglichkeit gesucht und gefunden, billiger zu bauen: Nur noch eine sehr große Röhre soll gebohrt werden, und die Haltestellen sollen in offener Bauweise entstehen. Dies wurde zuvor stets als undenkbar in bewohnten Bereichen angesehen, doch angesichts des Kostendrucks argumentiert die Hochbahn mit der technischen Machbarkeit. Die bis dahin hochgehaltenen Schutzgüter Mensch und Umwelt wurden deshalb bis heute nicht betrachtet.

Wenn eigene Vorgaben des Senats verraten werden, und auf Kosten der eigenen Bürger, der eigenen Stadt mit der Brechstange statt mit Augenmaß und gesundem Menschenverstand geplant wird, kann die Antwort der betroffenen Menschen nur Widerstand sein. Alle Hamburger sollten sich für eine Stadtentwicklung im Sinne höherer Lebensqualität einsetzen!

WAS IST IM HARTZLOH GEPLANT? Zwischen Fuhlsbüttler Straße und Wagenfeldstraße soll es statt Bäumen, Straße und Fußwegen eine Großbaustelle geben. Statt bewährter Bauweise im Tunnel plant die Hochbahn eine offene Baugrube gigantischen Ausmaßes: mindestens 200m lang und 20m breit, mehr als 20m tief – es soll also sieben bis acht (!) Stockwerke in die Tiefe gehen, direkt vor den Wänden der Wohnhäuser. Die Bauzeit wird aktuell mit etwa fünf Jahren (!) veranschlagt. Betroffen sein wird auch die Fläche des Wochenmarkts und des neuen Spiel-

platzes auf der anderen Seite der Fuhle: Hier ist die Baustelleneinrichtungsfläche geplant. Allein für den Erdaushub werden mindestens 7.000 Schwerlaste durch die engen Wohnstraßen des Viertels fahren – ein ganzer Stadtteil wird auf Jahre zur Großbaustelle.

STEHT HARTZLOH ALS STANDORT FEST? Noch im September 2016 gab es auf diese Frage ein klares Ja von der Hochbahn. Zwei Alternativen im Umkreis von 100m wurden *pro forma* kurz betrachtet und verworfen. Aufgrund unseres Widerstands und weil wir der Hochbahn aus dem Stehgreif sechs Standortalternativen aufgezeigt haben, die wesentlich mehr Raum für den Stationsbau bieten als der zu enge Hartzloh, sah sich die Hochbahn genötigt insgesamt 12 Standorte (inkl. der zuvor verworfenen!) miteinander zu vergleichen. Da allerdings mit statistischen Tricks unliebsame Standorte schnell „abgeschichtet“ wurden und mehrwöchige Detail-Vermessungsarbeiten nur im Hartzloh durchgeführt wurden, ist der Verdacht begründet, dass nur an der Argumentation gearbeitet wird, warum der Hartzloh als Sieger aus dem Vergleich hervorgehen wird. Die Wahl eines anderen Standorts würde die Planung zudem um fast ein Jahr zurückwerfen, was der Senat nicht will. Also...?

UND DIE BÜRGERBETEILIGUNG? Der Senat hat im Koalitionsvertrag eine frühzeitige Bürgerbeteiligung versprochen. Die Hochbahn versucht dies umzusetzen, und gleichzeitig den Planungsauftrag – ein Spagat, wenn die Interessen der Bürger der Planung diametral entgegengesetzt sind. Da die Umsetzung der Planung nicht gefährdet werden darf, können Bürgerbelange nur im Rahmen dessen berücksichtigt werden, was unbedeutend ist. Die letzte Bürgerbeteiligung im Februar war eine reine PR-Maßnahme um die betroffenen Bürger ruhig zu stellen. Die Fachleute der Hochbahn mussten Alternativlosigkeit der Planung vermitteln, obwohl sie es besser wissen.



Zeichnen Sie unsere aktuelle Petition auf change.org —>

<https://is.gd/petitionU5>